

# Nach der Wahl die Pokerpartie

Es ist still in Berlin, die Sonne scheint, und die Menschen sind froh, dass kein Wahlkampf sie stört. Auch fünf Wochen vor einer Bundestagswahl, deren Ausgang völlig offen ist, halten Regierungs- und Oppositionsparteien den Atem an. Vielleicht für den Schlusspunkt, vielleicht im Vertrauen auf ein gütiges Schicksal – oder auch nur passiv verharrend nach dem alten Motto «Wer den ersten Fehler macht, hat verloren».

Sicher ist hingegen, dass die Jahre der Kanzlerschaft von Angela Merkel einen nüchternen Politikstil geprägt haben, welcher sich mit lauten Parolen und Kampfansagen schlicht nicht verträgt. Und so kommt es, dass eine unglaublich spannende Bundestagswahl von den Parteien bearbeitet wird wie ein bürokratischer Vorgang: ideenlos, mutlos und ohne jede zündende Idee. Das vom ZDF-Politbarometer am vergangenen Freitag publizierte Ergebnis, wonach sich bis jetzt rund drei Viertel aller Wähler noch nicht definitiv festgelegt haben, wem sie ihre Stimme geben wollen, ist darum ebenso spektakulär wie logisch.

Die Bemühungen der Leitmedien, den Parteien Feuer unter dem Hintern zu machen, sind kläglich gescheitert. Die Kampfrohnen-Affäre, von der Opposition hochgeputzt, um Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) zum Rücktritt zu zwingen, ist kein Thema mehr. Und das Ausmass der NSA-Schnüffeleien erwies sich letztlich als so gross,

dass keine Partei davon profitieren konnte. Lediglich 17 Prozent der Deutschen finden laut dem «ARD-Deutschlandtrend» diese Geschichte für ihre Stimmabgabe relevant. Besonders wichtig sind den Deutschen nur zwei Themen: angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen, und eine gute Altersabsicherung. Das sind fast schon bescheidene Anforderungen an eine Politik, die tonnenweise Positionspapiere druckt und deren Spitzenkandidaten in den kommenden TV-Duellen noch grosse Töne spucken werden. Mit den Lebensrealitäten hat das in der Regel wenig zu tun.

Die Wähler sind nicht apolitisch als früher, aber abgebrühter – weil informierter. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, aus der Deutschland gestärkt herausgekommen ist, aber auch die Euro- und Europakrise, in der Merkel Europa behauptet hat, haben das Wählerbewusstsein verändert. Es passt mittlerweile perfekt zu einer Regierungschefin, die im Zweifelsfall sagt: «Ich weiss es nicht.» Das deutsche Volk verübelt ihr das nicht, auch wenn sich viele von Herausforderer Peer Steinbrück zumindest ein bis zwei Erkenntnisse erhofft hatten. Er hatte aber nur Besserwissereien.

Stand der Dinge ist, dass es zwischen der bisherigen Koalition von Union und FDP und Sozialdemokraten, Grünen und Linken ein Patt gibt. Die beiden Lager liegen mit 46 Prozent gleichauf. Die Piraten, derzeit bei drei Prozent, werden den Sprung in den Bundestag

## Bundeskanzlerin Angela Merkel wird die besseren Karten haben als Peer Steinbrück.



**Fritz Dinkelmann**  
nachrichten@ostschweiz-am-sonntag.ch

wohl verpassen. Und die mit dem durchsichtig-populistischen Slogan «Mut zur Wahrheit» antretende Alternative für Deutschland, fast unsichtbar auf dem Prozent-Radarschirm, ist bei dieser Wahl bedeutungslos.

Die Ausgangslage ist also so wie bei den Bundestagswahlen seit 1998: rund die Hälfte der Bevölkerung möchte von «links» regiert werden, die runde andere Hälfte nicht. Aber, als Schröder es damals schaffte, gab es in Deutschland eine Wechselstimmung. Die

Leute hatten Kohl satt. Jetzt aber gibt es keine Wechsellust. Die Mehrheit der Deutschen möchte an Merkel festhalten, 23 Prozent wünschen sich eine Grosse Koalition von CDU/CSU und SPD. Je 17 Prozent präferieren Rot-Grün beziehungsweise ein Bündnis von Union und Grünen – die Lieblingsvariante fast aller deutschen Medien. Aber nicht die von Kanzlerin Angela Merkel, die vor zwei Jahren sagte, eine solche, bei dieser Wahl denkbare Variante würde die Union «ruinieren». Ein schwarz-grünes Bündnis kommt für sie allein schon darum nicht in Frage, weil es dafür in der Länderkammer (dem Bundesrat) keine einzige Stimme gäbe. So liesse sich nicht regieren. Mit der FDP allerdings auch nicht, falls die Liberalen an der 5-Prozent-Hürde scheitern sollten.

Reicht es am Wahlabend des 22. September trotzdem weder für Schwarz-Gelb noch für Rot-Grün, gibt es eine kurze Pokerpartie. Zwar ist es nicht gänzlich ausgeschlossen, dass SPD-Parteichef Sigmar Gabriel eine Koalition mit den Grünen und der Linken bedenken wird – wahrscheinlich ist das aber nicht. Denn eine Tolerierung durch die Linke würde die Sozialdemokraten demütigen. Merkel wird also die besseren Karten haben als Steinbrück. Reicht es nicht mit den Liberalen, gibt es eine Grosse Koalition. So oder so bleibt sie Kanzlerin. Oder anders und mit den Worten von Hans-Ulrich Jörges von der «Stern»-Chefredaktion gesagt: «Steinbrücks Chance tendiert gegen null.»

## Polizei braucht Freunde und Helfer

Die Sympathien für die Polizei in der Bevölkerung halten sich in überschaubaren Grenzen; verzichten allerdings möchte kaum jemand auf diese Verkörperung des Gewaltmonopols des Staates. Die Stadtpolizei St. Gallen versucht, Sympathiepunkte zu sammeln, indem sie ihre Kommunikation intensiviert: Gestern abend etwa dokumentierte sie Einsätze am Stadtfest mit Meldungen auf dem Kurznachrichtendienst Twitter. Diskussions-thema am Stadtfest war aber, dass die Stadtpolizei offenbar auch die Fäuste sprechen lässt. Die vor einer Woche in der Ostschweiz am Sonntag dokumentierten Augenzeugenberichte eines Übergriffs von Stadtpolizisten auf einen Randständigen lassen sich nicht mit modernen Kommunikationskanälen flicken. Transparente und offene Kommunikation hingegen wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Der Fall muss sorgfältig und unabhängig aufgeklärt werden: Hat sich die Geschichte wirklich so zugetragen, wie es mehrere unabhängige Augenzeugen schilderten? Denn auch wenn sich der Vorfall nur teilweise bewahrheiten sollte, bliebe ein krasses Fehlverhalten der beteiligten Stadtpolizisten. Hier gilt es, Ursachenforschung zu betreiben. Entschuldigen liesse sich ein derartiger Übergriff nicht, erklären wird man ihn müssen.

Zu einer Gesamtbetrachtung gehört gewiss, dass Polizistinnen und Polizisten – nicht nur bei der Stadtpolizei – einen harten Job haben. Sie müssen sich Tag für Tag und zunehmend Nacht für Nacht mit all dem befassen, was ein vernünftiges Zusammenleben der Gesellschaft stört. Selbstverständlich kümmern sie sich aus der subjektiven Warte des Einzelnen meist um die falschen Probleme: Die Busse für Parkzeit-Überziehen im gefühlten Sekundenbereich kommt unerbitlich; aber wenn jemand so richtig was anstellt, schaut die Polizei typischerweise weg... Polizistinnen und Polizisten hören gerade auch von vermeintlich anständigen Bürgern höchst unschmeichelhafte Qualifikationen ihrer Arbeit, bei der sie nicht nur verbale Schläge einstecken müssen. Motivation für die nächsten Überstunden sieht anders aus. Aber: Damit müssen Polizisten umgehen können; Stress und Ärger dürfen nicht durch Überreaktionen abgebaut werden. Das richtige Verhalten lässt sich schulen – wenn grundsätzlich charakterlich geeignete Frauen und Männer für den Job rekrutiert werden können. Die Polizei braucht hierfür auch als Arbeitgeber ein gutes Image. Sie muss sich den Respekt der Bevölkerung verdienen – auch die Polizei braucht Freunde und Helfer.

**Philipp Landmark**  
philipp.landmark@tagblatt.ch

## Toms Welt: Ungastfreundliche Schweiz

Mich haben sie beleidigt, dabei wollte ich mir nur eine Handtasche anschauen



Mich haben sie sogar getreten, und ich wollte hier nur ein bisschen spielen



Gastkommentar – Andrea Caroni über Amtshilfe bei gestohlenen Bankdaten

## Im Bett mit Dieben und Hehlern

Wenn Sie in einen Laden einbrechen und ein Fernsehgerät stehlen, sind Sie ein Dieb. Wenn ein anderer Dieb in einen Laden einbricht und Sie kaufen ihm wissentlich ein gestohlenen Fernsehgerät ab, sind Sie ein Hehler. Was ist nun, wenn der Dieb das Fernsehgerät zuerst einem Hehler verkauft und Sie ihn dann wissentlich von diesem kaufen? Richtig, Sie sind dann der «Zweithehler» und gehören bestraft. Gleich verhält es sich, wenn statt eines Fernsehgerätes Bankdaten gestohlen werden.

Klaut ein gieriger Bankangestellter Bankdaten, so ist er ein Dieb. Verkauft er dann die Daten einem Staat, so ist dieser faktisch ein Hehler. Verkauft der Staat die Daten nun einem zweiten Staat, ist dieser ein Zweithehler. Aufgrund solcher gestohlenen Daten liefern wir beiden Staaten, dem Ersthehler und dem Zweithehler, keine Amtshilfe in Steuer-sachen. Das steht so im Steueramtshilfegesetz, das am 1. Februar 2013 in Kraft trat.

Letzten Mittwoch aber hat der Bundesrat erklärt, er wolle dem Zweithehler entgegenkommen. Am Beispiel einer wahren Ge-

schichte: Der Banker Hervé Falciani hat Bankdaten bei der HBSC-Bank geklaut und sie an Frankreich verkauft. Die Schweiz leistet Frankreich gestützt auf diese Daten keine Amtshilfe. Soweit Frankreich nun aber gewisse Bankdaten an Indien weitergeleitet hat, so soll die Schweiz neu an Indien Amtshilfe leisten. Die bundesrätliche Begründung: Indien habe die Daten ja nur «passiv» erworben (anders als Frankreich, das sie «aktiv» erworben habe).

Hintergrund dieses skandalösen bundesrätlichen Vorschlags ist der weltweite Druck auf die Schweiz, alle Kanäle zu öffnen, um Steuergelder aufzuspüren. Was auch immer man für eine Einstellung zum Bankgeheimnis hat: Rechtsstaaten haben sich bei der Rechtsdurchsetzung ans Recht zu halten. Ein Staat,

der von seinen Bürgern verlangt, dem Steuerrecht zu genügen, der kann sich nicht gleichzeitig wissentlich mit Gangstern einlassen und den Schutz von Privatsphäre, Datenschutz und Verfahrensrechten mit Füßen treten.

Die Unterscheidung in «aktive» Ersthehler und «passive» Zweithehler ist pure Winkeladvokatur. Gestohlen ist gestohlen. Gehehlt ist gehehlt. Wie einfach wäre das Amtshilfeverbot für gestohlene Daten mit diesem bundesrätlichen Vorschlag zu umgehen: Das Ergebnis wäre ein blühender Dreiecks-Handel: Ein Datendieb müsste nur die Daten über Inder an Frankreich und die Daten über Franzosen an Indien verkaufen. Dann würden beide Staaten die Daten tauschen und voilà – die Schweiz würde beiden Zweithehlern Amtshilfe leisten. Man könnte diesen Dreiecks-Handel auch «Datenwäscherei» nennen.

Eines sei unmissverständlich gesagt: Steuern sind zu zahlen. Wir haben dafür bereits sehr viele Wege geöffnet, um dem Ausland zu seinem Steuersubstrat zu verhelfen. Aber eines geht nicht: Dass wir uns dabei mit Dieben und Hehlern ins Bett legen – und seien sie dabei noch so «passiv».



**Andrea Caroni**  
ist als Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter für öffentliches Recht an der Universität St. Gallen tätig. 2011 wurde der 33-Jährige in den Nationalrat (FDP/AR) gewählt.